



unbegreiflich, dass deutsches Steuergeld für die Unterstützung von „Terroristen mit jüdischem Blut an den Händen“ eingesetzt worden sei, sagte Prosor der Zeitung. Und er verwies darauf, dass Addameer bereits im Oktober 2021 von der israelischen Regierung als Terrororganisation eingestuft worden sei. „Die Heinrich-Böll-Stiftung hielt es jedoch für akzeptabel, sie auch noch danach zu unterstützen.“

Auch in Frankreich werden Aktivitäten der Grünen-Stiftung kritisch beäugt. Im Juni dieses Jahres veröffentlichte die staatlich unterstützte *École de guerre économique* (Schule für Wirtschaftskrieg) einen warnenden Bericht. Titel: „Einmischung deutscher politischer Stiftungen – Sabotage der französischen Atomindustrie“. In dem „Rapport d’alerte“ wird beschrieben, wie vor allem die Heinrich-Böll-Stiftung, aber auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung auf französischem Boden gegen die friedliche Nutzung der Nuklearenergie agitieren. Dahinter stünden knallharte Wirtschaftsinteressen, vermuten die Autoren. Da Deutschland nicht zu sehen könne, „wie seine Handelsüberschüsse schmelzen, seit dem Krieg in der Ukraine keine russischen Kohlenwasserstoffe mehr zur Verfügung stehen und es nicht in der Lage ist, sich wie Frankreich auf die Atomkraft zu verlassen, um billige Energie zu produzieren, bleibt Deutschland nur noch eine Lösung: die öffentliche Meinung zu untergraben, um Frankreich den Wettbewerbsvorteil der Kernenergie zu entziehen“.

Dass die Bundesregierung dies über den Umweg der Parteistiftungen finanziert, sieht man an der *École de guerre économique* als Täuschungsmanöver: „Um seine Handlungsweisen zu diversifizieren, setzt Deutschland insbesondere darauf, dass seine politischen Stiftungen (...) in Frankreich direkt intervenieren und über eine Anti-Atomkraft-Kampagne eine kognitive Einkreisung der Zivilgesellschaft praktizieren. Tatsächlich sind politische Stiftungen – direkt vom deutschen Staat finanziert – im Laufe der Zeit zu echten Instrumenten der Außenpolitik, Diplomatie und Einflussnahme geworden, besonders wirksam und vor allem wenig bekannt.“

Auch in Deutschland selbst sind die politischen Stiftungen überaus aktiv. Das Geld dafür kommt aus dem Innen- und dem Bildungsministerium. Das Bundesinnenministerium ist für die Verteilung der

sogenannten Globalzuschüsse zuständig. Das ist der zweitgrößte Posten der Stiftungsfinanzierung. Das Schöne ist, aus Sicht der Stiftungen, dass diese Globalzuschüsse nicht an bestimmte Projekte gebunden sind, sondern ziemlich freihändig für den eigenen Verwaltungsapparat und für Veranstaltungen ausgegeben werden können. Noch schöner ist: Sie steigen von Jahr zu Jahr. Und das – im Unterschied zur direkten staatlichen Parteienfinanzierung, die an den Wahlerfolg gekoppelt ist – auch dann, wenn die der Stiftung nahestehende Partei eine heftige Niederlage erlitten hat.

Darauf wies der Staatsrechtler Ulrich Vosgerau hin, der die AfD und deren Erasmus-Stiftung vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt. In einem seiner Schriftsätze nennt er das Phänomen „antizyklische Förderpolitik“ und führt aus: „Zwischen 2009 und 2013 sank der Zweitstimmenanteil der FDP bei Bundestagswahlen von 14,6 auf 4,8 Prozent. Die jährlichen Globalzuschüsse für die nahestehende Friedrich-Naumann-Stiftung stiegen aber im selben Zeitraum von 9,8 auf 10,4 Millionen Euro. Und sie stiegen nach dem Wahlschicksal von 2013 und dem Scheitern der FDP an der Fünfprozenthürde im Folgejahr 2014 sogar noch einmal – und zwar geradezu sprunghaft – auf 12,1 Millionen Euro.“

Nach dem Rauschmiss aus dem Bundestag sei die Naumann-Stiftung für die FDP überlebensnotwendig gewesen, argumentiert Vosgerau. „Denn dadurch standen Stellen für Personen zur Verfügung, die bislang als Abgeordnete oder Fraktionsmitarbeiter von der Partei gelebt hatten, nun aber für den Wiederaufbau der Partei dringend benötigt wurden“, schreibt er. Auch bei CDU, CSU, SPD und Linkspartei sei die antizyklische Förderung der jeweiligen Stiftungen offensichtlich.

EINE WICHTIGE ROLLE spielen die Parteistiftungen bei der Rekrutierung von Nachwuchspolitikern. Zentrales Instrument dafür sind die Stipendien. Auch das ist eine Besonderheit des politischen Systems der Bundesrepublik: Wer als Student oder Promovierender in den Genuss eines staatlichen Stipendiums kommt, entscheidet keine Behörde und keine Wissenschaftsorganisation, sondern darüber entscheiden die politischen Stiftungen. 91 Millionen Euro erhielten Konrad-Adenauer-, Friedrich-Ebert-Stiftung und Co. im

In Paris sieht man die Arbeit der Böll-Stiftung als Angriff auf die französische Industrie